

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 143.

Wittwoch den 23. Mai.

1866.

Politische Uebersicht.

Es wird den Lesern des Tageblattes nicht entgangen sein, daß dasselbe in der letzten Zeit, was es seit Jahren nicht mehr gethan, öfters, ja regelmäßig auch die politischen Tagesereignisse mit in den Kreis seiner Mittheilungen und Berichterstattungen gezogen hat. Die Erklärung dieser Thatsache gibt sich von selbst Jedem in die Hand: die bedeutungs- und verhängnißvolle Zeit, in welcher wir jetzt leben, macht auch Solchen, die sich bei einem ruhigeren Laufe der Dinge wenig oder nicht um Politit und Tagesgeschichte zu kümmern pflegen, die Bekanntschaft mit den politischen Ereignissen zur Nothwendigkeit, und die unter andern Verhältnissen leichter entbehrte fortlaufende Kenntnisaufnahme von den wichtigsten Tagesbegebenheiten wird sowohl von der gemüthlichen wie von der geschäftlichen Seite zum unabwiesbaren Bedürfniß. Gerade jetzt nun, wo die große Krisis, unter deren Druck ganz Deutschland bisher so schwer gelitten, noch immer einer endgültigen segensreichen Lösung harret, wo binnen kurzem der Zusammentritt eines Congresses und die Versammlung mehrerer der wichtigsten Landtage bevorsteht, wo der Abgeordnetentag bereits seine Thätigkeit begonnen hat, wo, mit Einem Worte, jeder Tag voraussichtlich genug der interessantesten Nachrichten zu bringen verspricht, ist es, fast noch mehr als früher, geradezu Pflicht des Tageblattes, allen Ereignissen der politischen Welt eine fortlaufende und sorgfältige Aufmerksamkeit zu widmen und damit eine Thätigkeit wieder aufzunehmen, welche es in früheren aufgeregten Zeiten (1848, 1849 u.) bereits zu entwickeln für geboten erachtete. Wir erfüllen übrigens, wenn wir von jetzt an täglich eine politische Uebersicht in gedrängter Kürze geben, auch die von verschiedenen Seiten uns in Bezug darauf kundgegebenen Wünsche zahlreicher Leser.

Die Kriegsgefahr ist, wenn auch noch nicht vollständig beseitigt, doch wenigstens in die Ferne gerückt und man darf demnach mit einigem Grunde hoffen, daß der Friede werde erhalten werden. Wie ein Extrablatt des Dr. Journ. berichtet, ist nämlich der Congress von allen Theilnehmern angenommen; die Eröffnung desselben findet in Paris nächsten Freitag statt. — Mittlerweile ist, wie unsere Leser bereits wissen, der Abgeordnetentag in Frankfurt zusammgetreten und hat am 20. Mai folgenden Antrag seines Ausschusses angenommen:

Der Sieg der Waffen hat uns unsre Nordmarken zurückgegeben. Ein solcher Sieg würde in jedem wohlgeordneten Reiche zur Erhöhung des Nationalgefühls gebient haben. In Deutschland führte er durch die Mißachtung des Rechts der wiedergewonnenen Länder, durch das Streben der preussischen Regierung nach gewaltsamer Annexion, und in Folge der unheilvollen Eifersucht der beiden Großmächte zu einem Zwiespalt, dessen Dimensionen weit über den ursprünglichen Gegenstand des Streites hinausreichen.

Wir verdammen den drohenden Krieg als einen nur dynamischen Zwecken dienenden Cabinetskrieg. Er ist einer civilisirten Nation unwürdig, gefährdet alle Güter, welche wir in fünfzig Jahren des Friedens errungen haben und nährt die Gelüste des Auslandes.

Fürsten und Minister, welche diesen unnatürlichen Krieg verschulden oder aus Sonderinteressen die Gefahren desselben erweitern, machen sich eines schweren Verbrechens an der Nation schuldig.

Mit ihrem Fluche und der Strafe des Landesverraths wird die Nation Diejenigen treffen, welche in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches Gebiet preisgeben.

Sollte es nicht gelingen, den Krieg selbst durch den einmüthig ausgesprochenen Willen des Volkes noch in der letzten Stunde zu verhindern, so ist wenigstens dahin zu trachten, daß er nicht ganz Deutschland in zwei große Lager theile, sondern auf den engsten Raum beschränkt werde.

Wir erblicken hierin das wirksamste Mittel, um die Wiederherstellung des Friedens zu beschleunigen, die Einmischung des Auslandes abzuhalten, durch die Seeresmacht der nichtbetheiligten Staaten die Grenzen zu decken und, im Falle der Krieg einen europäischen Charakter annehmen sollte, mit noch frischen Kräften dem äußern Feinde entgegenzutreten.

Diese Staaten haben also die Pflicht, so lange ihre Stellung geachtet wird, nicht ohne Noth in den Krieg der beiden Großmächte sich zu stürzen. Insbesondere liegt es den Staaten der südwestdeutschen Gruppe ob, ihre Kraft ungeschwächt zu erhalten, um gegebenen Falls für die Integrität des deutschen Gebietes einzustehen.

Es wird Sache der Landesvertretungen sein, wenn sie über Anforderungen zu militärischen Zwecken zu entscheiden haben, diejenigen Garantien von ihren Regierungen zu fordern, welche die Verwendung in der oben ausgesprochenen Richtung und im wahren Interesse des Vaterlandes sichern. Nur hierdurch wird sich die Gefahr abwenden lassen, aus den jetzigen Verwickelungen eine neue Aera allgemeiner deutscher Reaction entspringen zu sehen.

Wie ein deutsches Parlament allein die Behörde ist, welche über die deutschen Interessen in Schleswig-Holstein zu entscheiden vermag, so ist auch die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage durch eine freigewählte deutsche Volksvertretung allein im Stande, der Wiederkehr solcher unheilvollen Zustände wirksam zu begegnen. Die schleunige Einberufung eines nach dem Reichswahlgesetze vom 12. April 1849 gewählten Parlaments muß daher von allen Landesvertretungen und von der ganzen Nation gefordert werden.

Während der Referent (Dr. Böll) seinen Vortrag erstattete, erschütterten 4 Detonationen, hervorgebracht durch das Losbrennen von Kanonenschlägen, das Haus. Eine unbeschreibliche Aufregung und Unruhe entstand dadurch. Die Fortsetzung der Versammlung wurde aber nicht gestört, trotzdem sich die Schüsse später wiederholten. Ein Unglück, welches leicht hätte entstehen können, da ein Theil der Versammlung, besonders die anwesenden Damen, ein Unglück fürchtend, aus dem Saale flüchteten, ist nicht zu beklagen. Anwesend waren im Ganzen 146 Mitglieder. Der Ausschusantrag wurde angenommen. Die Anträge auf Bildung eines Vorparlaments und eines Wohlfahrtsausschusses blieben ohne Unterstützung.

Man darf übrigens nicht glauben, daß in Folge der allem Anscheine nach den Frieden verkündenden Bemühungen, die auf den Kriegsfuß gestellten Heere, namentlich die der beiden deutschen Großmächte, ihre bisherige drohende Aufstellung gegen einander bereits aufgegeben hätten oder auch nur Anstalt dazu machten, im Gegentheil vollziehen dieselben, unbeirrt von allen sonstigen Vorgängen, ihren Aufmarsch ganz nach den ursprünglichen Anordnungen.

Was Sachsen insbesondere betrifft, so ist die Armee seit dem Abend des 19. Mai auf den Kriegsfuß gesetzt und die Soldaten und Officiere beziehen daher nicht bloß den doppelten Sold, sondern die Letzteren erhalten auch Equipirungsgelder und es findet nunmehr Kriegseinquartierung statt. Wie man wissen will, sollen die täglichen Kosten der Robilmachung sich auf 50,000 Thlr. belaufen; der augenblickliche Gesamtbestand der Armee wird ebenfalls nach oberflächlicher Schätzung auf 30—32,000 Mann geschätzt.

Stadttheater.

Ein echtes „Feiertagsstück“, das denn auch seine Wirkung auf das — am 21. Mai — freilich nicht sehr zahlreich versammelte Publicum äußerte, ist Adams nach dem gleichnamigen Roman von Alexander Dumas bearbeitetes Drama: „Königin Margot oder die Huguenotten“. Feine und künstlerische Mittel sind es zwar nicht, wodurch hier Bühneneffecte erzielt werden, dafür